

103. Plenarsitzung am 18. August 2016

Drs. 17/2494: Gute rechtliche Betreuung braucht eine angemessene Unterstützung für Betreuungsvereine

Drs. 17/2548: Betreuungsvereine in Niedersachsen und Deutschland stärken

Drs. 17/5245: Verbesserungen bei der rechtlichen Betreuung

Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zunahme der Zahl hoch betagter Menschen führt dazu, dass Betreuungen zunehmen, leider auch bei jüngeren Menschen, wegen psychischer Probleme und auch wegen Suchtverhaltens. Hier leisten nun die Betreuungsvereine eine großartige, hervorragende Arbeit. Den 58 staatlich anerkannten Vereinen in Niedersachsen danke ich herzlich für dieses Engagement.

Der Niedersächsische Landtag hat im Jahr 2014 120.000 Euro mehr zur Verfügung gestellt. Die CDU-Landtagsfraktion hatte im Jahr 2015 weitere 300.000 Euro beantragt. Leider haben SPD und Grüne dies abgelehnt.

Ich muss ehrlich sagen: Es reicht nicht aus, wenn wir jetzt in dem gemeinsamen Antrag das ehrenamtliche Engagement begrüßen. Diesen Worten müssen dann auch Taten folgen.

Dass hier nicht gehandelt wird, verstehe ich auch deshalb nicht, weil jede ehrenamtliche Betreuung dem niedersächsischen Haushalt 1.177 Euro spart. Bei 659 Fällen im Jahr 2013 summierte sich das auf über 775.000 Euro bei einem Zuschuss von damals 880.000 Euro.

Bei den Berufsbetreuern hat es seit Inkrafttreten des Gesetzes im Jahr 2005 keine Änderung gegeben. Dies zeigt schon deutlich den Handlungsbedarf. Die CDU will nicht, dass Träger im Betreuungsbereich wegen ungenügender Finanzierung aufgeben. Wir wollen verhindern, dass wegen der zu geringen Stundenpauschale die Fallzahlen pro Mitarbeiter erhöht werden. Wir wollen qualifizierte Berufsbetreuer nicht zur Aufgabe ihrer Tätigkeit veranlassen.

Deshalb hat die CDU im Dezember 2014 eine Initiative ergriffen, fast gleichzeitig auch die FDP. Warum hat das nun so lange gedauert? Weil es unterschiedliche Zuständigkeiten gibt; der Bundestag muss das Gesetz ändern; das Bundesjustizministerium hat die Untersuchung zu den Vergütungssätzen viel zu spät in Auftrag gegeben. Aber wir als Landtag finanzieren das und müssen deshalb deutlich sagen, dass wir bereit sind, diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die SPD redet immer über „Gute Arbeit“. Hier war die SPD aber nicht der Motor der Entwicklung. Vor über einem Jahr haben SPD und Grüne schon angekündigt, einen gemeinsamen Antrag vorzulegen. Das hat ein Jahr gedauert.

Dieser Antrag besagt nun, im ersten Quartal Jahr 2017 sollten die Vergütungssätze erhöht werden. Diese Erhöhung der Stundensätze ist nicht nur für die Beschäftigten und Träger gut, sondern vor allem für die Betreuten. Sie sollen qualifizierte Hilfe erhalten. Ohne rechtliche Betreuer kippt das soziale System. Das wollen wir nicht. Dieser Antrag trägt dazu bei, die Lage zu verbessern.

Herzlichen Dank.